



UB-Parteitag
am 28.03.2020

SPD Duisburg

ANTRAG	A 1
ANTRAGSTELLER	UB Vorstand
ADRESSAT	UB Parteitag
BETREFF	Bedrohung von rechts. NULL Toleranz.

- 1
- 2 Der UB-Parteitag möge beschließen:
- 3 Die Duisburger SPD stellt sich hinter ehrenamtlich engagierte, Politiker*innen,
4 Wissenschaftler*innen, Künstler*innen und alle Demokrat*innen, die rechtsradikalen und
5 rechtspopulistischen Bedrohungen ausgesetzt sind. „Unser demokratischer Rechtsstaat
6 muss sich als wehrhaft und schutzbereit erweisen. Deshalb erwartet die Duisburger SPD
7 eine konsequente Verfolgung und Bestrafung bezüglich solcher Angriffe und
8 Bedrohungen durch Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte.“
- 9
- 10 Begründung:
- 11
- 12 Einschüchterungen und Bedrohungen über Briefpost, E-Mail, Telefon,
13 Sachbeschädigung und ganz besonders über soziale Netzwerke an in der Öffentlichkeit
14 für demokratische Ideale eintretenden Bürger*innen haben in den letzten Jahren in einer
15 Weise zugenommen, die nicht mehr hinnehmbar sind.
- 16 Bedrohungen von Leib und Leben an die Personen selbst, deren Familien und
17 Angehörigen sind perfide Methoden der Einschüchterung. Sie haben das Ziel, das Herz
18 der freiheitlich demokratischen Gesellschaftsordnung zu stören und am Ende zu
19 zerstören: das ehrenamtliche, politische und gesellschaftliche Engagement. Die
20 Anfeindungen reichen von Beleidigungen bis hin zu Morddrohungen.
- 21 In NRW werden seit 2016 Straftaten auf Mandatsträg*innen gesondert erfasst. Über 100
22 Straftaten insbesondere gegen kommunale Amtsträger*innen sind seitdem registriert
23 worden. Nach den Recherchen von Report München im Sommer 2019 sind über 40%
24 der amtierenden Bürgermeister*innen in Deutschland von rechtsradikalen Anfeindungen
25 betroffen. Die SPD-Bürgermeister*innen der niedersächsischen Gemeinde Estorf, Arnd
26 Focke, und der sächsischen Gemeinde Arnsdorf, Martina Angermann haben ihr Amt aus
27 diesem Grund aufgegeben. Der SPD-Bürgermeister von Kamp-Lintfort, Christoph
28 Landscheidt, sah sich zu Maßnahmen gezwungen, sich selbst und seine Familie zu
29 schützen. Die Mordanschläge auf Henriette Reker aus Köln (parteilos) und den Altenaer
30 Bürgermeister Andreas Hollstein (CDU) wurden von der Presse international
31 aufgegriffen. Bedrohungen von Landtags- und Bundestagsabgeordneten, sowie von
32 Funktionär*innen von Parteien und NGO´s sind inzwischen die Regel.
- 33 Im Januar 2020 verübten Rechtsextreme einen Anschlag auf das Bürgerbüro des SPD-
34 Bundestagsabgeordneten Dr. Karamba Diaby. Mehrere Einschusslöcher fanden sich in
35 der Fensterscheibe.
- 36 Am 2. Juni 2019 wurde der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke (CDU) vor
37 seinem Wohnhaus aus rechtsextremistischen Motiven mit einem Pistolenschuss in den
38 Kopf ermordet.

39 Der international renommierte Duisburger Künstler und Sozialdemokrat Cyrus Overbeck
40 (Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste, Salzburg) floh
41 nach einem antisemitisch motivierten Anschlag im Mai 2019 auf ihn selbst in seiner
42 Wahlheimat Esens zurück in seine Heimatstadt.

43 Die Hemmschwelle rechtsradikaler Aktivist*innen ist seit dem Einzug der
44 Rechtspopulisten in die Parlamente und Stadträte erheblich gesunken. Der Schutz und
45 die Solidarität mit den Bedrohten und den Opfern rechter Gewalt sind elementar für
46 unsere Freiheit und unsere Demokratie.

47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90

Angenommen:
Abgelehnt:
Überwiesen an:



UB Parteitag
am 28.03.2020

SPD Duisburg

ANTRAG	S 1
ANTRAGSTELLER	UB Vorstand
ADRESSAT	
BETREFF	Neufassung UB-Satzung §10 Abs. 1

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

Der UB Parteitag möge beschließen:

Der Unterbezirksvorstand wird durch den Unterbezirksparteitag für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Er hat höchstens 21 Mitglieder und setzt sich zusammen aus

- Der bzw. dem Vorsitzenden oder zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, die nicht dem gleichen Geschlecht angehören (Doppelspitze). Gleichberechtigte Vorsitzende sind in getrennten Wahlgängen zu wählen
- Spiegelstriche 2-4 unverändert
- und weiteren bis zu 15 Vorstandsmitgliedern.

Der Unterbezirksparteitag entscheidet mit einfacher Mehrheit, ob eine oder ein Vorsitzender oder eine Doppelspitze gewählt werden soll. Zum Zeitpunkt seiner Wahl darf höchstens die Hälfte der Mitglieder Mandatsträgerin bzw. Mandatsträger (Stadtrat, Landtag, Bundestag) sein. Der Unterbezirksvorstand kann zu seinen Sitzungen Beraterinnen bzw. Berater hinzuziehen.

Angenommen:
Abgelehnt:
Überwiesen an: